



# Kurzbericht zur Finanzstatistik

Datum: 31.08.2021

## Entwicklung der Staatsfinanzen: Resultate 2019 und Prognosen 2020-2022

---

### Inhaltsverzeichnis

<b>1. Finanzstatistische Kennzahlen nach internationalen Richtlinien</b> .....	1
<b>2. Die öffentlichen Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich</b> .....	4
<b>3. Anhang</b> .....	6
3.1. Datenherkunft.....	6
3.2. Abgrenzung Finanzstatistik – Staatsrechnungen .....	7

Die vorliegende Übersicht enthält die definitiven konsolidierten Rechnungsergebnisse des Wirtschaftssektors Staat. Darin sind die Resultate der Finanzstatistik für den Bund, die Kantone und die öffentlichen Sozialversicherungen des Jahres 2019 sowie Hochrechnungen für die Gemeinden veröffentlicht. Zudem liefert der Bericht aktualisierte Prognosen der öffentlichen Haushalte für die Jahre 2020 bis 2022. Detaillierte Daten zu den öffentlichen Haushalten sowie aggregierte Prognosen bis 2025, Hinweise zur Methodik sowie technische Notizen zu Revisionen sind im Internet abrufbar.<sup>1</sup>

### 1. Finanzstatistische Kennzahlen nach internationalen Richtlinien

Zwecks internationaler Vergleichbarkeit werden die Finanzdaten und Kennzahlen der öffentlichen Haushalte nach dem «Government Finance Statistics Manual 2014» (GFSM 2014) des Internationalen Währungsfonds (IWF) veröffentlicht.

---

<sup>1</sup> <https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/themen/finanzstatistik/uebersicht-staatsfinanzen.html>

**Tabelle 1: GFS Rechnungsabschlüsse: Einnahmen/Ausgaben/Finanzierungssaldo für den Sektor Staat und pro Teilsektor**

Mio. CHF		2018	2019	2020	2021	2022
Staat	Einnahmen	234 357	238 787	237 597	243 076	250 920
	Ausgaben	225 201	229 158	257 508	259 567	246 603
	davon Ausgaben Covid-Massnahmen			16 890	17 345	1 162
	<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>9 156</b>	<b>9 629</b>	<b>-19 912</b>	<b>-16 491</b>	<b>4 317</b>
	Defizit-/Überschussquote in % des BIP	1.3%	1.3%	-2.8%	-2.2%	0.6%
Bund	Einnahmen	78 366	80 288	74 885	80 557	83 471
	Ausgaben	73 048	74 332	92 086	96 914	82 288
	davon Ausgaben Covid-Massnahmen			14 318	16 295	1 050
	<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>5 318</b>	<b>5 956</b>	<b>-17 202</b>	<b>-16 357</b>	<b>1 183</b>
	Defizit-/Überschussquote in % des BIP	0.7%	0.8%	-2.4%	-2.2%	0.2%
Kantone	Einnahmen	95 447	97 232	100 684	105 490	103 844
	Ausgaben	92 630	93 735	103 798	103 888	101 062
	davon Ausgaben Covid-Massnahmen			2 756	5 214	205
	<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>2 817</b>	<b>3 497</b>	<b>-3 115</b>	<b>1 603</b>	<b>2 782</b>
	Defizit-/Überschussquote in % des BIP	0.4%	0.5%	-0.4%	0.2%	0.4%
Gemeinden	Einnahmen	48 982	49 330	50 124	50 455	51 329
	Ausgaben	48 762	49 911	50 708	51 875	53 039
	<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>220</b>	<b>-581</b>	<b>-584</b>	<b>-1 420</b>	<b>-1 710</b>
	Defizit-/Überschussquote in % des BIP	0.0%	-0.1%	-0.1%	-0.2%	-0.2%
	Sozialversicherungen	Einnahmen	63 546	64 641	78 121	73 295
Ausgaben		62 744	63 884	77 133	73 612	68 968
davon Ausgaben Covid-Massnahmen				10 775	5 000	
<b>Finanzierungssaldo</b>		<b>802</b>	<b>757</b>	<b>989</b>	<b>-317</b>	<b>2 062</b>
Defizit-/Überschussquote in % des BIP		0.1%	0.1%	0.1%	0.0%	0.3%

2018 und 2019 war die Finanzlage der öffentlichen Haushalte erfreulich positiv. Bund, Kantone und Sozialversicherungen erzielten hohe Überschüsse. Mit einer Überschussquote von 1,3 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) erreichte der Sektor Staat 2019 das beste Ergebnis seit 2008.

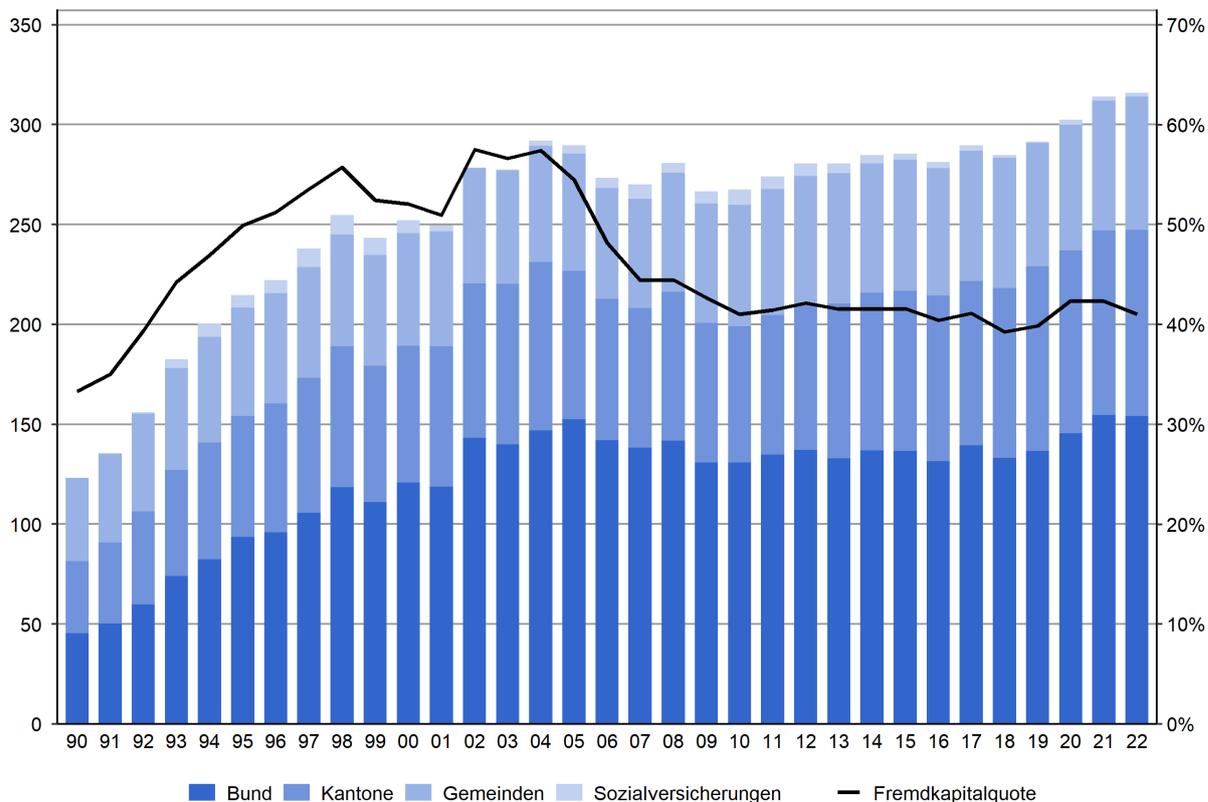
Die positiven Finanzierungssaldi 2019 der Teilsektoren Bund und Kantone ergaben sich aufgrund stark steigender Erträge. Der Bund profitierte von höheren Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und der Verrechnungssteuer, was den Unternehmensgewinnen 2018 und den hohen Dividendenausschüttungen zu verdanken war. Der Einnahmenezuwachs bei den Kantonen um 1,9 % stammte primär von den direkten Einkommenssteuern der natürlichen Personen und den Vermögenssteuern. Gegenüber 2018 stieg die Überschussquote 2019 der Kantone von +0,4 % auf +0,5 % des BIP. Das Ergebnis der Gemeinden war leicht negativ. Unverändert blieb auch die Überschussquote bei den Sozialversicherungen, sie betrug +0,1 %.

In den beiden Folgejahren 2020 und 2021 führt die Covid-19-Pandemie zur grössten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten und hinterlässt tiefe Spuren in den Finanzen der öffentlichen Haushalte. 2020 kommt es aufgrund der stark steigenden Ausgaben in den Teilsektoren Bund und Kantone und der hohen Steuerausfälle beim Bund (v.a. bei der Verrechnungssteuer) zu einem hohen Staatsdefizit von 2,8 % des BIP. Der Ausgabenanstieg bei den Kantonen ist neben den Covid-Massnahmen auch auf die Ausfinanzierung der Pensionskasse im Kanton Genf (5,2 Mrd.) zurückzuführen. 2021 dürfte der Gesamtstaat ein Defizit von 2,2 % des BIP aufweisen. Die Mehrausgaben in den Jahren 2020 und 2021 ergeben sich aufgrund von diversen finanzpolitischen Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie (z.B. Kurzarbeitsentschädigung (2020: 10,8 Mrd., 2021: 5 Mrd.), Leistungen Erwerbsersatz (2020 und 2021: je 2,2 Mrd.) und Härtefallmassnahmen des Bundes und der Kantone (2021: 4,5 Mrd.<sup>2</sup>). Für den Gesamtstaat belaufen sich diese auf 16,9 Milliarden 2020 und 17,3 Milliarden 2021, wovon der Teilsektor Bund rund 85 % bzw. 94 % trägt.

2022 dürfte sich im Zuge der voranschreitenden Konjunkturerholung die Finanzlage der öffentlichen Haushalte normalisieren. Bund, Kantone und Sozialversicherungen dürften wieder positiv abschliessen, beim Gesamtstaat ist ein Überschuss von 0,6 % zu erwarten. Die Ausgaben zur Bekämpfung der Pandemie dürften 2022 den Staat mit 1,2 Milliarden (90 % davon den Bund) belasten.

<sup>2</sup> Gemäss Schätzung der Finanzstatistik aufgrund von bisher gesprochenen Härtefallunterstützungen (Stand August 2021).

**Abbildung 1: IWF Schuld in Mrd. CHF pro Teilssektor und in % des BIP für den Sektor Staat**



**Fremdkapitalquote** - Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Fremdkapitalquote sowie des Fremdkapitals in Milliarden Franken. Das Fremdkapital misst die Bruttoschulden des Staatssektors nach den Richtlinien des IWF. 2019 belief sich das Fremdkapital auf 289,7 Milliarden oder 39,8 % des BIP.

2020 steigt das Fremdkapital aufgrund der Gesundheits- und Wirtschaftskrise um rund 9,5 Milliarden auf 299,2 Milliarden (42,4 % des BIP), da ein Teil des hohen Defizits im Staatssektor mit Fremdkapital finanziert wird. Auch 2021 dürfte sich das Fremdkapital des Staatssektors deutlich erhöhen, um die beschlossenen Massnahmen (u.a. Härtefallprogramm) zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu finanzieren. So dürfte das Defizit fast ausschliesslich mit Fremdkapital gedeckt werden und auch 2022 dürfte dieses für den Staat (vor allem auf Gemeindeebene) nominal nochmals steigen. Nach dem massiven Konjunkturerinbruch im 2020 wird in den Jahren 2021 und 2022 für das BIP ein Aufholeffekt erwartet. Die Fremdkapitalquote dürfte deshalb aufgrund des starken BIP-Wachstums 2021 von 4,2 % schon 2021 leicht zurückgehen und diese Entwicklung dürfte sich 2022 noch verstärken.

## 2. Die öffentlichen Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich

Da die Statistik der öffentlichen Finanzen der Schweiz nach den internationalen Richtlinien dargestellt wird, lässt sie sich mit der Statistik der öffentlichen Finanzen anderer Staaten vergleichen. Nachfolgend wird für eine Auswahl von Ländern oder Ländergruppen ein internationaler Vergleich der wichtigsten Finanzkennzahlen durchgeführt. Dazu gehören die Defizit-/Überschussquote, die Fremdkapitalquote, die Einnahmenquote und die Staatsquote. Diese Kennzahlen werden als Prozentsatz des nominalen BIP angegeben. Sie zeigen, dass die Auswirkungen der Corona-Krise auf die öffentlichen Finanzen der Schweiz weniger heftig ausfallen als in den meisten anderen Industriestaaten.

**Tabelle 2: Defizit-/Überschussquote und Fremdkapitalquote<sup>3</sup>**

in % BIP	2018	2019	2020	2021	2022	in % BIP	2018	2019	2020	2021	2022
Schweiz	+1.3	+1.3	-2.8	-2.2	+0.6	Schweiz	39.3	39.8	42.4	42.3	41.0
EU - Euroraum	-0.5	-0.6	-7.2	-7.2	-3.7	EU - Euroraum	102.4	103.5	121.9	124.6	123.2
Deutschland	+1.8	+1.5	-4.1	-4.4	-1.5	Deutschland	69.6	68.2	79.6	83.6	82.5
Frankreich	-2.3	-3.0	-9.0	-8.2	-4.6	Frankreich	121.2	123.4	146.0	147.3	145.7
Italien	-2.2	-1.6	-9.4	-11.3	-6.4	Italien	146.8	154.5	184.1	187.7	185.4
Österreich	+0.2	+0.7	-8.7	-7.1	-3.0	Österreich	92.1	90.0	109.8	114.1	113.5
Belgien	-0.8	-1.9	-9.3	-7.2	-4.0	Belgien	117.7	120.2	142.4	143.6	143.2
Dänemark	+0.7	+3.8	-1.1	-2.8	-0.9	Dänemark	50.8	51.8	62.8	66.2	67.5
Niederlande	+1.4	+1.7	-4.2	-6.0	-2.4	Niederlande	66.0	62.2	69.7	73.7	74.0
Norwegen	+7.8	+6.2	-3.6	-1.4	+0.0	Norwegen	45.6	46.8	53.9	n.a.	n.a.
Spanien	-2.5	-2.9	-10.8	-8.5	-5.3	Spanien	114.5	117.3	146.9	146.6	144.3
Schweden	+0.8	+0.5	-3.1	-3.2	-1.6	Schweden	59.1	55.3	61.5	61.5	61.0
Kanada	+0.3	+0.6	-10.6	-5.9	-1.5	Kanada	115.2	115.0	157.9	161.7	161.5
Japan	-2.4	-3.0	-10.2	-6.8	-4.1	Japan	223.1	222.8	238.2	241.5	241.6
Vereinigtes Königreich	-2.2	-2.3	-12.3	-9.1	-6.4	Vereinigtes Königreich	109.1	113.6	139.9	141.2	137.2
USA	-6.2	-6.7	-15.8	-15.9	-9.7	USA	106.4	107.9	133.6	140.5	144.0
OECD ∅	-2.8	-3.1	-10.8	-10.1	-6.0	OECD ∅	108.5	109.5	130.0	134.5	135.3

**Defizitquote und Fremdkapitalquote** - Im Zeitraum 2018 bis 2019 zählte die Schweiz zur Gruppe von Ländern mit einem Finanzierungsüberschuss. Dazu gehörten auch Deutschland, Österreich, Dänemark, die Niederlande, Norwegen, Schweden und Kanada. Von diesen Ländern wies einzig Kanada eine Fremdkapitalquote von mehr als 100 % des nominalen BIP aus. Eine Fremdkapitalquote von mehr als 100 % des BIP haben ebenso die Länder mit Defiziten - Frankreich, Italien, Belgien, Spanien, Japan, das Vereinigte Königreich und die USA.

Aus Tabelle 2 ist ersichtlich, dass nicht alle Staaten gleich gute finanzielle Voraussetzungen zur Bewältigung der durch die Covid-19-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise hatten. Mit Ausnahme der Schweiz, Deutschlands, Dänemarks, der Niederlanden, Norwegens und Schwedens verzeichnen alle aufgeführten Staaten 2020 ein Defizit von mindestens 6 % des BIP. Die Fremdkapitalquote steigt bedingt durch die Stabilisierungsmassnahmen in vielen Staaten um mehr als 15 Prozentpunkte. Die grössten Zunahmen schreiben Kanada (+42,9 Prozentpunkte), Spanien und Italien (je 29,8 Prozentpunkte). Für die Niederlande (+7,5 Prozentpunkte), Schweden (+6,2 Prozentpunkte) und die Schweiz (+2,6 Prozentpunkte) ergibt sich vergleichsweise viel geringerer Anstieg der Fremdkapitalquote.

2021 wird die Fremdkapitalquote der dargestellten Länder voraussichtlich weiter ansteigen, jedoch in einem deutlich geringeren Ausmass. Für den OECD Länderdurchschnitt beträgt der erwartete Anstieg +4,5 Prozentpunkte. Die Fremdkapitalquote der Schweiz dürfte unter 45 % bleiben, während sie im Euroraum, im Vereinigten Königreich, in Nordamerika (Kanada, USA) bei 125 % des BIP und mehr liegen wird. In Japan dürfte die Quote gar einen neuen Rekordwert von über 240 % des BIP erreichen.

<sup>3</sup> Datenquellen: Schweiz: Finanzstatistik / andere Länder: bis 2020 Staatsfinanzen des Internationalen Währungsfonds und ab 2021 Berechnungen der Finanzstatistik basierend auf dem Economic Outlook 109 der OECD von Mai 2021.

2022 werden die Staatsdefizite aller abgebildeten Länder voraussichtlich deutlich zurückgehen, da sich die Steuereinnahmen erholen und der Bedarf an Unterstützung für Haushalte und Unternehmen zurückgeht. Einzig die Schweiz dürfte einen Überschuss und Norwegen ein ausgeglichenes Ergebnis ausweisen. Die durchschnittliche Fremdkapitalquote der OECD-Länder dürfte auf ähnlichem Niveau bleiben und jene des EU-Raums rückläufig sein.

**Tabelle 3: Einnahmen- und Staatsquote<sup>4</sup>**

in % BIP	2018	2019	2020	2021	2022	in % BIP	2018	2019	2020	2021	2022
Schweiz	32.6	32.8	33.6	33.0	32.8	Schweiz	31.3	31.5	36.5	35.3	32.2
EU - Euroraum	46.5	46.4	46.9	46.3	46.4	EU - Euroraum	46.9	47.1	54.2	53.4	50.1
Deutschland	45.7	46.1	46.3	45.5	45.5	Deutschland	43.9	44.6	50.4	49.9	47.0
Frankreich	52.7	51.6	52.0	51.2	51.3	Frankreich	55.0	54.6	61.0	59.4	55.9
Italien	45.6	46.4	47.1	46.0	46.6	Italien	47.8	48.0	56.6	57.3	53.0
Österreich	48.8	49.0	48.7	48.5	48.5	Österreich	48.7	48.4	57.4	55.6	51.5
Belgien	50.6	49.3	49.7	49.8	50.0	Belgien	51.4	51.3	59.0	57.0	54.1
Dänemark	51.2	53.4	52.7	51.1	51.4	Dänemark	50.6	49.6	53.8	53.9	52.3
Niederlande	42.9	42.8	43.0	41.5	41.6	Niederlande	41.5	41.1	47.2	47.4	44.0
Norwegen	55.8	56.8	53.7	49.9	50.3	Norwegen	48.0	50.6	57.3	51.2	50.3
Spanien	38.5	38.5	40.6	41.2	41.3	Spanien	41.0	41.4	51.5	49.7	46.6
Schweden	49.6	48.5	48.5	47.8	48.2	Schweden	48.8	48.0	51.5	51.1	49.8
Kanada	41.2	41.6	41.8	40.3	40.3	Kanada	40.9	41.0	52.4	46.2	41.7
Japan	35.5	35.2	35.8	35.8	35.8	Japan	37.9	38.2	46.0	42.7	39.9
Vereinigtes Königreich	38.6	38.5	39.0	39.5	38.8	Vereinigtes Königreich	40.8	40.8	51.3	48.5	45.1
USA	29.9	29.9	30.3	30.2	30.0	USA	36.2	36.5	46.1	46.1	39.7
OECD ∅	37.5	37.5	37.8	37.4	37.4	OECD ∅	40.3	40.6	48.6	47.5	43.4

**Einnahmen- und Staatsquote** - Aus Tabelle 3 ist ersichtlich, dass für die betrachteten Industrieländer die Einnahmen- und Staatsquoten sehr heterogen sind. Einerseits weisen die USA, die Schweiz, Japan, das Vereinigte Königreich, Spanien und Kanada im Zeitraum 2018 bis 2019 relativ tiefe Quoten aus. Andererseits sind die Quoten in Ländern wie Norwegen, Frankreich, Belgien und Dänemark relativ hoch. In allen Ländern sind beide Quoten bis 2019 stabil, in den beiden darauffolgenden Jahren ist ihre Entwicklung durch die Wirtschafts- und Gesundheitskrise geprägt. 2020 verzeichnet Norwegen einen markanten Rückgang (-3,1 Prozentpunkte), während Spanien einen starken Anstieg (+2,1 Prozentpunkte) der Einnahmenquote aufweist. Grosse Unterschiede in der Entwicklung der Einnahmenquote ergeben sich auch 2021. Die Einnahmenquoten in Spanien und im Vereinigten Königreich steigen, während die Quoten der anderen Länder stabil oder rückläufig sind. 2022 bleibt die Quote des OECD-Länderdurchschnitts unverändert bei 37,4 % des BIP.

Die Entwicklung der Staatsquote unterscheidet sich von der Entwicklung der Einnahmenquote. Die Massnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise als Folge der Covid-19-Pandemie führen 2020 in allen Ländern (einschliesslich der Schweiz) zu stark steigenden Ausgaben. Der starke Rückgang des nominalen BIP verstärkt ausserdem den Anstieg der Staatsquote. Die Staatsquote der Schweiz erhöht sich im Jahr 2020 um 5 Prozentpunkte auf 36,5 %. Einzig in Schweden ist der Anstieg weniger stark (+3,5 Prozentpunkte). Von den untersuchten Ländern verzeichnen rund die Hälfte einen Zuwachs von mehr als 7,7 Prozentpunkten. In Kanada steigt die Staatsquote gar um 11,4 Prozentpunkte. Der verhältnismässig tiefere Anstieg in der Schweiz ist auch darauf zurückzuführen, dass das BIP im Vergleich zu anderen Ländern weniger stark eingebrochen ist. 2021 fällt die Staatsquote in den meisten Staaten wieder, teils deutlich, so z.B. in Kanada (-6,2 Prozentpunkte) und Norwegen (-6,1 Prozentpunkte).

Gemäss den aktuellen Prognosen der Eidg. Finanzstatistik dürfte die Staatsquote der Schweiz 2022 auf 32,2 % des BIP, d.h. +0,7 Prozentpunkte über dem Vorkrisenstand, zurückgehen. Im Vergleich mit den anderen abgebildeten Ländern wird die Staatsquote der Schweiz weiterhin tief bleiben.

<sup>4</sup> Datenquellen: Schweiz: Finanzstatistik / andere Länder: bis 2020 Staatsfinanzen des Internationalen Währungsfonds und ab 2021 Berechnungen der Finanzstatistik basierend auf dem Economic Outlook 109 der OECD von Mai 2021.

## 3. Anhang

### 3.1. Datenherkunft

Die Finanzstatistik basiert auf Erhebungen der Staatsrechnungen des Bundes, sämtlicher Kantone sowie der Jahresrechnungen von 1863 Gemeinden. Dabei werden alle Städte und Kantonshauptorte sowie pro Kanton zufällig bestimmte Stichprobengemeinden einbezogen. Aufgrund der erhobenen Gemeinderechnungen werden für die fehlenden Gemeinden pro Kanton Schätzungen und Hochrechnungen gemacht. In den letzten Jahren hat die Finanzstatistik die Vollerhebungen aller Gemeinden eines Kantons vorangetrieben. Für das Rechnungsjahr 2019 war demzufolge einzig für die Kantone Jura, Waadt und Wallis eine Schätzung nötig. Die Gemeinden aller übrigen 23 Kantone wurden komplett erhoben. Zudem werden die öffentlichen Sozialversicherungen (AHV, IV, EO, ALV, Familienzulagen in der Landwirtschaft, Mutterschaftsversicherung Genf) berücksichtigt. Die zu den öffentlichen Haushalten zählenden Institutionen, die nicht in den Staats- und Gemeinderechnungen enthalten sind, werden der Vergleichbarkeit und Vollständigkeit halber in die Statistik integriert. Öffentliche Unternehmen, welche in den Staats- und Gemeinderechnungen konsolidiert sind, werden hingegen ausgebaut.<sup>5</sup> Aus diesen Gründen stimmen die Auswertungen der Finanzstatistik nicht notwendigerweise mit den publizierten Rechnungen des Bundes, der Kantone, der Gemeinden oder der öffentlichen Sozialversicherungen überein. Aufgrund des durch den föderalen Aufbau der öffentlichen Haushalte bedingten grossen Erhebungs- und Harmonisierungsaufwands liegen die definitiven Resultate eines Rechnungsjahres jeweils mit einer Verzögerung von rund einhalb Jahren vor. Anhand von Schätzungen sind jedoch auch aktuellere Aussagen und Prognosen für den gesamten Staatssektor und die einzelnen Teilsektoren (Bund, Kantone, Gemeinden und öffentliche Sozialversicherungen) möglich. Bis zum Jahr 2019 stützen sich die Zahlen der Finanzstatistik auf die Rechnungen. (Tabelle 4).

Für den Bund (inklusive Sonderrechnungen und dezentrale Verwaltungseinheiten) beruhen die Zahlen 2020 ebenso auf den entsprechenden Jahresrechnungen. Die Prognosen für 2021 stützen sich grösstenteils auf die Juni-Hochrechnung des Bundes und die Budgets der Sonderrechnungen und dezentralen Verwaltungseinheiten. Die Prognosen für 2022 basieren auf dem Budget respektive den Finanzplänen. Bei den Kantonen beruhen die Prognosen auf den aktuell vorliegenden Rechnungsdaten (2020), auf einer Umfrage zu den Kantonsbudgets und -finanzplänen sowie auf diversen Indikatoren (2021-2022). Die Prognosen 2020-2022 für die Gemeinden basieren auf mehreren Indikatoren. Die Zahlen der Sozialversicherungen bis 2020 beruhen auf den Rechnungen und die Prognosen 2021-2022 auf ihren Budget- respektive Finanzplänen.

Bei den Kantonen und Gemeinden gilt es zu berücksichtigen, dass nicht auf einheitliche Budgets und Finanzpläne zur Erstellung der Prognosen zurückgegriffen werden kann. Diskretionäre Massnahmen (z.B. Entlastungsprogramme, Ausfinanzierungen von Pensionskassen) dieser Haushalte sind somit nicht immer Teil der prognostizierten Daten. Deshalb sind die Zahlen mit zunehmendem Prognosehorizont mit der gebotenen Vorsicht zu interpretieren.

Die aktualisierten Ergebnisse und Informationen zu den Methoden sind im Internet<sup>6</sup> abrufbar.

---

<sup>5</sup> Umfang der Finanzstatistik 2019

<sup>6</sup> <https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/themen/finanzstatistik/daten.html>

**Tabelle 4: Grundlage der Daten der Finanzstatistik, August 2021**

Teilsektor	bis 2019	2020	2021	2022
<b>Staat</b>	<b>Rechnung</b>	<b>Prognosen</b>	<b>Prognosen</b>	<b>Prognosen</b>
Bund	Rechnung	Rechnung	Hochrechnung	Budget/Finanzpläne
Kantone	Rechnung	Vorhandene Daten	Umfrage Budget	Prognosen
Gemeinden	Rechnung	Prognosen	Prognosen	Prognosen
Sozialversicherungen	Rechnung	Rechnung	Budget/Finanzpläne	Budget/Finanzpläne

<sup>1</sup> Einschliesslich Sonderrechnungen und dezentrale Verwaltungseinheiten

Schattiert: Hochrechnungen und Prognosen

### 3.2. Abgrenzung Finanzstatistik – Staatsrechnungen

Die nachfolgenden Ausführungen legen die Unterschiede zwischen den Publikationen der Finanzstatistik und den eigenen Staatsrechnungen der öffentlichen Haushalte dar. Entsprechende Abweichungen können bei allen Teilsektoren des Sektors Staat (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen) auftreten. Sie entstehen hauptsächlich aufgrund von konzeptionellen Unterschieden in Bezug auf den Konsolidierungskreis, d.h. der sogenannten Sektorisierung der Finanzstatistik. In der Finanzstatistik werden die Einheiten, die in den Sektor Staat integriert werden, nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) bestimmt. So werden neben den Stammhäusern des Bundes, der Kantone, der Gemeinden und der öffentlichen Sozialversicherungen auch alle weiteren Einheiten erhoben, welche diese Kriterien erfüllen. In der Finanzstatistik gehören somit sämtliche Einheiten zum Sektor Staat, die eigenständige Institutionen unter staatlicher Kontrolle sind und entweder:

- Steuern erheben,
- Einkommen und Vermögen umverteilen oder
- weniger als 50 % ihrer Produktionskosten über Verkaufserlöse resp. Gebühren erwirtschaften.

Institutionen, die diese Kriterien nicht erfüllen, werden nicht erfasst oder aus den Staatsrechnungen ausgegliedert. Öffentliche Unternehmen wie zum Beispiel Spitäler, Elektrizitäts-, Gas- und Fernheizwerke, Verkehrsbetriebe, Wasserwerke, Kehrlichtverbrennungsanlagen und Antennenanlagen, welche über 50 % ihrer Produktionskosten über den Verkauf von Gütern und Dienstleistungen oder durch Gebühren decken, zählen deshalb nicht zum Sektor Staat. Ebenfalls nicht zum Sektor Staat gehören staatliche Finanzinstitute und Finanzdienstleister wie z.B. die Nationalbank, die Kantonalbanken oder die öffentlichen Pensionskassen. Sie werden zum Sektor der finanziellen Kapitalgesellschaften gezählt. Nichtfinanzielle und finanzielle Unternehmen werden als eigene Wirtschaftssektoren in der VGR der Schweiz erfasst, wobei nicht zwischen den öffentlichen und privaten Unternehmen unterschieden wird.

Der Teilsektor Bund umfasst gemäss Finanzstatistik das Stammhaus Bund sowie diejenigen Sonderrechnungen, welche zwar in der Finanzberichterstattung des Bundes ausgewiesen, aber nicht mit dem Stammhaus konsolidiert werden (Eidg. Alkoholverwaltung (EAV; bis 2017), Infrastrukturfonds (IF) und ab 2018 den diesen ablösenden Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF), Fonds für die Eisenbahngrossprojekte (FinÖV) und ab 2016 den diesen ablösenden Bahninfrastrukturfonds (BIF)). Dazu kommen dezentrale Einheiten, welche gemäss den genannten Kriterien des ESGV 2010 zu mehr als 50 % durch den Bund finanziert sind (ETH-Bereich, Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB), Eidgenössisches Institut für Metrologie (METAS), Innosuisse, Movetia, Schweizerischer Nationalfonds (SNF), Schweizerisches Nationalmuseum (SNM), Schweiz Tourismus, Stiftung Pro Helvetia, Stiftung Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV, bis 2017) sowie die Immobilienstiftung für internationale Organisationen (FIPOI)). Demgegenüber finanzieren sich die FINMA und ihre Vorgängerinstitutionen hauptsächlich durch Gebühren und Aufsichtsabgaben der Beaufsichtigten und werden deshalb nicht erfasst; sie sind in der Staatsrechnung des Bundes nicht mehr enthalten. Ebenfalls zu berücksichtigen sind die Unterschiede zwischen dem nationalen FS-Modell und dem internationalen GFS-Modell. Sie entstehen hauptsächlich durch die im GFS-Modell gesonderte Verbuchung von sonstigen wirtschaftlichen Strömen. Dies führt im GFS-

Modell zu einem enger definierten Einnahmen- und Ausgabenkonzept. Tabelle 5 zeigt die Abfolge von den Saldi der Staatsrechnung gemäss Finanzberichterstattung Bund zu den Saldi gemäss GFS-Modell. Im unteren Teil der Tabelle ist der Schuldenstand des Teilsektors Bund in der Definition von Maastricht hergeleitet, die sogenannte Maastricht-Schuld. Aufgezeigt sind damit die Differenzen zwischen der Bruttoschuld gemäss Finanzberichterstattung, den Bruttoschulden des nationalen FS-Modells und der Maastricht-Schuld.

**Tabelle 5: Differenzen Bund: Finanzberichterstattung (FBE) – FS- und GFS-Modell, in Mio. CHF**

	2016	2017	2018	2019	2020
<b>Ordentliches Ergebnis FBE</b>	<b>752</b>	<b>2'621</b>	<b>3'138</b>	<b>3'060</b>	<b>-1'227</b>
+ Ausserordentliches Ergebnis	478	177	90	541	-14'547
<b>Finanzierungsergebnis FBE</b>	<b>1'230</b>	<b>2'798</b>	<b>3'229</b>	<b>3'600</b>	<b>-15'774</b>
+ Saldo Konsolidierung der Sonderrechnungen der Bundesrechnung (1)	522	938	1'661	1'200	600
+ Saldo Konsolidierung der zusätzlichen Sonderrechnungen (1)	119	168	-28	-26	-73
+ Saldo Sonderfaktoren	13	11	31	17	79
<b>Finanzierungsergebnis FS</b>	<b>1'884</b>	<b>3'916</b>	<b>4'892</b>	<b>4'791</b>	<b>-15'168</b>
- Bereinigung Saldo Bilanztransaktionen (2)	173	222	219	117	-281
- Bereinigung Saldo Sonstige wirtschaftliche Ströme (2)	-451	29	116	160	161
+ Periodengerechte Abgrenzung (3)	-1'379	-92	-172	-182	-275
+ Statistische Bearbeitungen (4)	-411	1'615	933	1'625	-1'879
<b>Finanzierungssaldo GFS</b>	<b>372</b>	<b>5'188</b>	<b>5'318</b>	<b>5'956</b>	<b>-17'202</b>
	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	<b>2020</b>
<b>Bruttoschulden gemäss Finanzberichterstattung</b>	<b>98'819</b>	<b>105'242</b>	<b>99'407</b>	<b>96'948</b>	<b>103'586</b>
- Finanzderivate (Negative Wiederbeschaffungswerte)	178	125	128	140	226
<b>Bruttoschulden Stammhaus gemäss FS</b>	<b>98'641</b>	<b>105'117</b>	<b>99'278</b>	<b>96'808</b>	<b>103'360</b>
+ Bruttoschulden Sonderrechnungen / Konsolidierung (1)	-962	-701	-649	-652	-783
<b>Bruttoschulden FS</b>	<b>97'679</b>	<b>104'416</b>	<b>98'629</b>	<b>96'156</b>	<b>102'577</b>
+ Münzumsatz gemäss SNB	3'095	3'142	3'183	3'212	3'189
- Verbindlichkeiten Dritte, Fiskalverbindlichkeiten, beschlagnahmte Vermögenswerte	8'098	10'582	10'931	11'385	9'376
+ Rückstellungen Garantieleistungen Hochseeschifffahrt	215	100	100	30	15
<b>Maastricht-Schuld</b>	<b>92'890</b>	<b>97'076</b>	<b>90'981</b>	<b>88'013</b>	<b>96'405</b>

(1) Sonderrechnungen (EAV und IF (beide bis 2017), NAF, FinÖV (bis 2015), BIF) sowie vorwiegend steuerfinanzierte dezentrale Verwaltungseinheiten (ETH, EHB, Innosuisse, METAS, Movetia, SNF, Schweizerisches Nationalmuseum, Schweiz Tourismus, Pro Helvetia, KEV (bis 2017), FIPOI)

(2) im Saldo gemäss GFS nicht enthalten

(3) nicht-finanzwirksame Buchungen (im GFS-Saldo enthalten)

(4) Statistische Bearbeitungen zwecks Anpassung an das GFSM2014 des IWF